

Politikwechsel: Investitionen in die Zukunft

Im Dezember haben SPD, Grüne und LINKE den städtischen Haushaltsplan für 2022 beschlossen. Die Politik in Bielefeld ändert sich: Nach jahrelanger Kürzungspolitik werden jetzt in fast allen Bereichen der Verwaltung neue Stellen geschaffen – insgesamt rund 400. Die werden dringend benötigt, da Bielefeld eine wachsende Stadt ist und gewaltige Zukunftsaufgaben bewältigen muss. Allein der Investitionsstau im Bereich Schule, Kita und Feuerwehr beläuft sich bis 2030 auf rund 900 Millionen Euro. Auch die notwendigen Planungen und Investitions

für Klimaschutz und Verkehrswende sollen jetzt beginnen.

Wir lassen den Gewinn in der kommunalen Wohnungsgesellschaft BGW, damit mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden können. Der Anteil von geförderten Wohnungen bei neuen Baugebieten erhöht sich auf 33 %. Für die Baulandstrategie wurden Kriterien auf den Weg gebracht, die auch Familien mit Kindern angemessen berücksichtigen. Wir arbeiten intensiv daran, dass wir zügig Bauflächen aktivieren können. Besonders wichtig sind die sozialen Investitionen: Das



Sozialticket wird deutlich günstiger. Familien mit wenig Einkommen werden bei den Gebühren für den offenen Ganztags und den Kita-

Gebühren im U2-Bereich entlastet. Zur Stärkung der Demokratie werden Bielefelder Jugendliche ein Jugendparlament bekommen.

In diesem Jahr haben wir unter anderem einen besonderen Blick auf die Kulturentwicklung (auch Jugendkultur) in den Stadtteilen. Wir wollen wirkungsvolle Maßnahmen zur Sicherung der Pflege und für mehr Fachpersonal in Kitas entwickeln.

Es müssen erste Schritte für mehr bezahlbaren ÖPNV eingeleitet werden – nur Anwohnerparken und Parkgebühren drastisch teurer zu machen, ändert nichts. Mobilität muss sozial gerecht gestaltet sein.

Dr. Dirk Schmitz
Ratsmitglied

DIE LINKE wirkt

Ein Sozialticket, das sozial wird

Damit Menschen mit wenig Geld nicht vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind, muss ein Sozialticket bezahlbar sein. Der Preis muss in

der Größenordnung des Mobilitätsanteils im Hartz-IV-Regelsatz liegen. Genau das haben SPD, Grüne und LINKE im Rat im Dezember 2021 beschlossen: Der

Preis wird von 41,60 auf 29 Euro gesenkt und beim 9-Uhr-Ticket von 30,45 auf 15 Euro. Es heißt künftig Bielefeld-Pass-Ticket. Die Umsetzung

erfolgt voraussichtlich zum 1. April. Mindereinnahmen von moBiel werden von der Stadt ausgeglichen. Die Preissenkung war längst überfällig – das zeigt ein Vergleich mit dem 9-Uhr-Ticket für über 60-Jährige: Zwei 9-Uhr-Sozialtickets kosten ca. 7 € mehr als zwei Tickets für über 60-Jährige (SilberAbo+). Dabei wird das „Silberticket“ sogar ohne Landeszuschüsse angeboten. Beim zu teuren „Sozialticket“ für Menschen mit wenig Geld haben dagegen CDU und FDP die Preissenkung verweigert, trotz

der Landeszuschüsse. Diese Ungerechtigkeit haben wir mit der Preissenkung beendet. Langfristig brauchen wir insgesamt günstigere Preise im öffentlichen Nahverkehr – perspektivisch einen kostenlosen ÖPNV.

Noch eine gute Nachricht: DIE LINKE hat sich dafür stark gemacht, dass für Kinder und Jugendliche mit Bielefeld-Pass der Eintritt in Schwimmbäder und die Eisbahn der Bielefelder Bäder- und Freizeit GmbH künftig frei ist.

Dr. Dirk Schmitz
Ratsmitglied



Erfolg für DIE LINKE

Entlastung der Eltern kommt

Gute Nachrichten für alle Eltern in Bielefeld: Die Rot-Grün-Rote Ratskoalition investiert circa 400.000 €, um die Kitabeträge für Kinder unter 2 Jahren (U2) zu senken und an die geringeren Kitabeträge für die älteren Kinder anzugleichen. Teilweise können Eltern mit Entlastungen von bis zu 70 € pro Monat rechnen. Das ist ein großer Erfolg für DIE LINKE, denn klar ist: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Für eine bessere Ver-

einbarkeit von Familie und Beruf ist es wichtig, dass auch genügend U2- und Betreuungsplätze vorhan-



den und für alle bezahlbar sind. Für die Landtagswahl fordert DIE LINKE deshalb den Ausbau von Kitas in kommunaler Trägerschaft und die Abschaffung der Kitagebühren. Das soll den Kommunen durch eine Aufstockung der Kitafinanzierung ermöglicht werden.

Das alles ist ohne Erzieher*innen nicht möglich. Zur Bewältigung des Fachkräftemangels brauchen wir eine Aufwertung des Erzieher*innenberufes.

Wir brauchen einen flächendeckenden und allgemeingültigen Tarifvertrag und mehr Ausbildungskapazitäten an Berufskollegs und Fachschulen. Dabei ist vor allem die kostenfreie Ausbildung wichtig, um allen eine Erzieher*innenausbildung zu ermöglichen. Denn klar ist: Mehr Erzieher*innen sind gut für alle!

Dominik Goertz

Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Bäume schützen!

Bäume in der Stadt leisten einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt. Sie senken die Temperaturen in stark versiegelten Bereichen, erhöhen die Aufenthaltsqualität und tragen zur Gesundheit der Bielefelder Bevölkerung bei.

DIE LINKE hat gemeinsam mit SPD und Grünen die Verwaltung beauftragt, eine Baumschutzsatzung für Bielefeld zu erarbeiten. Ein Hauptaugenmerk

soll auf der ausführlichen Beratung der Bürger*innen hinsichtlich Baumpflege und -erhalt liegen. Viele Fragen seitens der Baumbesitzer*innen können so geklärt und zumeist im Sinne des Erhalts der Bäume gelöst werden. Bei neuen Bauprojekten ermöglicht die Satzung eine frühzeitige Planung mit weitgehender Erhaltung des Baumbestandes.

Carsten Strauch
Arbeitskreis Umwelt



Was tun gegen Mieterhöhungen wegen angeblich „guter Wohnlage“?

In den letzten Jahren haben Vonovia und LEG regelmäßig die Mieten zusätzlich um bis zu 0,50 €/m² erhöht – mit der Behauptung, es sei eine „gute Wohnlage“. Die Wohnlagenkarte ist nicht Bestandteil vom Mietspiegel, kann aber eine erste Orientierung sein. In der alten Wohnlagenkarte von 2018 waren viele große Flächen in Schildesche angeblich „gute Wohnlage“. Das hat DIE LINKE immer kritisiert. Diese Wohnlage wird bei einigen Wohngebieten nach der derzeit gültigen Wohnlagenkarte von 2021 nur noch als „normal Wohnlage“ (= kein Zuschlag) eingestuft.

Mieter*innen können in sol-

chen Fällen versuchen, ihre*n Vermieter*in aufzufordern, den Vertrag zu ändern und überhöhte Forderungen zurückzuzahlen. Auf jeden Fall sollten sie bei weiteren Mieterhöhungsverlangen einen Zuschlag wegen „guter Wohnlage“ ablehnen.

DIE LINKE hat schon eine ganze Reihe von LEG-Mieter*innen erfolgreich beim Widerstand gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen unterstützt. Dies wird sie auch weiterhin als wichtigen Bestandteil ihrer politischen Arbeit verfolgen. DIE LINKE fordert einen bundesweiten Mietendeckel.

Bernd Adolph
Bezirksvertreter in Schildesche



Sennstädter Mieter*innen wehren sich

Schlechter Service und ständige Mietsteigerungen

Schon fast ein ganzes Jahr setzt sich DIE LINKE zusammen mit aktiven Mieter*innen in Sennestadt mit den Geschäftspraktiken der LEG auseinander – einer der großen Wohnungskonzerne vor Ort. Dabei sind es vorrangig fünf Dinge, die den Mieter*innen der LEG auf den Nägeln brennen:

1. zu hohe Mieten, gemessen am Mietspiegel;
2. hohe Nebenkosten und undurchsichtige Betriebsabrechnungen;
3. Ängste vor Kündigung, wenn man sich auch nur versucht zu wehren;
4. fehlende Ansprechpartner*innen vor Ort und schlechter Service
- und 5. „krankmachende“

Wohnumgebung durch „Vermüllung“.

Die Erfahrung zeigt, dass es die Strategie der LEG ist, Beschwerden ins Leere laufen zu lassen und Leute dadurch zu entmutigen.

Daher unterstützt DIE LINKE die Mieter*innen dabei, die Geschäftspraktiken der LEG immer wieder zu veröffentlichen und damit Druck auszuüben.

Die Gewinnausschüttung von unfassbaren 272,5 Millionen € an die Aktionäre im Jahr 2020 zeigt, dass es der LEG nur um steigende Aktionärgewinne auf Kosten der Mieter*innen geht.

Hans-Georg Pütz
Arbeitskreis Wohnen



Bielefeld

Klimaneutral bis 2035?!

Die Zeit zum Einhalten der Pariser Klimaziele drängt. Die nächsten Jahre sind entscheidend. Wichtige Schritte wurden mit der Mehrheit aus SPD, Grünen und LINKEN auf den Weg gebracht: Kommunale Gebäude sollen bis 2030 weitgehend klimaneutral werden, die Photovoltaikpflicht in Bauleitplänen eingeführt, der ökologische Waldumbau verstärkt und Bus &

Bahn attraktiver werden. Auf lokaler Ebene wird jetzt ein Plan für die Klimaneutralität bis 2035 erstellt. Ein ambitioniertes Vorhaben, welches nur mit Unterstützung und Einbezug der Bielefelder*innen angegangen werden kann. Klar ist aber auch, dass Bielefeld das Ziel ohne bundespolitische Maßnahmen alleine nicht erreichen wird. Gerade hier versagt die Bundes-

regierung aus SPD, Grünen und FDP: Nicht einmal ein Tempolimit auf Autobahnen konnte festgelegt werden! Deutschland soll erst ab 2045 klimaneutral sein. DIE LINKE erwartet von der „Ampel-Koalition“, dass sie die Warnungen von Wissenschaft und Umweltverbänden ernst nimmt und das 1,5-Grad-Ziel einhält.

Carsten Strauch
Arbeitskreis Umwelt

Für kommunalen Wohnungsbau

BGW braucht mehr Kapital

DIE LINKE hat im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass der öffentliche Wohnungsbau erheblich verstärkt wird. 2000 Wohnungen sollen in den nächsten Jahren durch die BGW als 75% ige Tochter der Stadt gebaut werden. Dazu braucht die BGW mehr Geld und zusätzliche Grundstücke.

Ein Schritt ist der Zugriff der Stadt auf die Kasernenflächen der Rochdale-Kaserne an der Oldentruper Straße. Hier können mindestens 800 Wohnungen neu entstehen, direkt an die Stadtbahn angebunden. Daneben fordert DIE

LINKE Flächen für die BGW im Baugebiet Ammerkamp und auf einer Brache an der Windelsbleicher Straße.

Zur Aufstockung des Kapitals der BGW hat die Koalition im städtischen Haushalt beschlossen auf die Abführung von Überschüssen der BGW an die Stadt in den nächsten Jahren zu verzichten. Das reicht für rund 120 zusätzliche Wohnungen.

Neben den bereits im Finanzplan der BGW vorhandenen rund 700 Wohnungen müssen ihr zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE spricht sich hier für die

Abgabe von städtischen Flächen zu einem symbolischen Preis aus. Das stärkt die finanziellen Möglichkeiten der BGW, zumal die Grundstückspreise künftig

weiter steigen werden. Für die Entwicklung des Wohnungsbaus auf den ehemaligen Kasernenflächen benötigt die BGW darüber hinaus noch mehr

Kapital. Dabei verfolgt DIE LINKE das Konzept einer Wohnungsbauleihe mit der Sparkasse.

Florian Straetmanns
Arbeitskreis Wohnen



Kowert-Gelände nach dem Abriss

DIE LINKE im Rat

Gemeinsam mit allen Fraktionen hat DIE LINKE auf der Ratssitzung am 9. Dezember 2021 den Dringlichkeitsantrag zur Beteiligung an der humanitären Winterhilfe des Deutschen Roten Kreuzes für Geflüchtete an der polnisch-belarussischen Grenze eingebracht. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt insgesamt rund 34.000 € zur Verfügung. DIE LINKE fordert zusätzlich zur humanitären Hilfe die Aufnahme und Rettung der Menschen aus der Gefahrenzone.

Auf der Ratssitzung wurde ebenso der Haushaltsplan für 2022 mit großer Mehrheit beschlossen. DIE LINKE hat gemeinsam mit SPD und Grünen Investitionen in die Zukunft vorangebracht: das Sozialticket für 29 € bzw. 15 € (9-Uhr-Ticket), 400 neue Stellen in der Verwaltung, die Entlastung bei Kita-Beiträgen, Unterstützung der BGW beim Bau bezahlbarer Wohnungen und weitere städtische Investitionen in den Bereichen Schule, Kita, Feuerwehr, Klimaschutz und Verkehrswende.

Mehrheitlich wurde auf der Ratssitzung auch der dritte Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld beschlossen. Er stellt den zentralen Baustein einer klimafreundlichen Mobilität dar und er lässt sich – was für DIE LINKE besonders wichtig ist – sozial gestalten. Deshalb hat DIE LINKE gemeinsam mit SPD und Grünen einen Ergänzungsantrag erarbeitet, der den Nahverkehrsplan sinnvoll weiterentwickeln soll. Dabei soll die Barrierefreiheit zügig umgesetzt werden.



Baubüro:
Idealer Standort für ein Fahrradparkhaus

Weniger Autos in der Innenstadt

Die Innenstadt von Bielefeld ist noch immer vom Autoverkehr geprägt. Die Innenstadt der Zukunft muss attraktiver für Fuß- und Radverkehr werden. Es muss Aufgabe einer linken Politik sein, die Innenstadt multifunktional zu gestalten, was eine Mischung aus Wohnen, Einkaufen, Arbeiten, Kulturangeboten und sozialer Begegnung bedeutet. Bielefeld muss als Großstadt die Erreichbarkeit aus den Stadtbezirken und der Region sicherstellen: Das geht mit einem guten und bezahlbaren ÖPNV-Angebot, sicheren Radwegen und einer Verkehrslenkung für diejenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind. Ein erster Mosaikstein wurde

durch DIE LINKE angestoßen: ein Parkleitsystem mit Buchungsmöglichkeit eines Parkplatzes und Verbindung zum ÖPNV. Ein zweites Mosaiksteinchen ist ein oberirdisches Fahrradparkhaus am Jahnplatz, wo ein Fahrrad sicher untergestellt werden kann. Außerdem muss ein Park and Ride-System (P+R) an Stadtbahnstationen und an Bahnhöfen entwickelt werden. Attraktive Fahrzeiten in die Innenstadt entlasten diese dann vom Autoverkehr. Für Ubedissen gab es dazu bereits eine Initiative der LINKEN.

Bernd Vollmer
Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss

Das Pflegedrama

Beim Thema Pflegenotstand wird über den sog. „grauen Pflegemarkt“ meist geschwiegen. Gemeint ist die „24-Stunden-Betreuung“, überwiegend geleistet von Frauen aus Osteuropa unter häufig prekären Arbeitsbedingungen. Expert*innen sprechen von einer dritten Säule, ohne die der Pflegenotstand noch dramatischer wäre. Auf Initiative der LINKEN hat die Koalition im Sozial- und Gesundheitsausschuss eine Übersicht über den sog. „grauen Pflegemarkt“ in Bielefeld erbeten. Das Ergebnis ist ernüchternd: Es gibt keine Daten zu Anbieter*innen, Vermittlungsagenturen und erst recht nicht zur Art der Arbeitsverhältnisse.

Ein Check von Verbraucherzentralen zur Rechtspraxis in diesem Markt ergibt: Die gängigen Modelle bergen erhebliche Risiken, sowohl für die Arbeitskräfte („Pendelmigration“) als auch für die zu betreuenden Personen. DIE LINKE setzt sich daher für Transparenz, fachliche Beratung, sozial- und arbeitsschutzrechtliche Regulierung sowie Qualitätsstandards ein. Gleichzeitig engagiert sie sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege sowie für eine alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung.

Angelika Beier
Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss

Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE

vorübergehend bis Ende April 2022
Turnerstr. 5-9
33602 Bielefeld

Mo., Di., Mi., Do.: 11-16 Uhr
Fr.: 11-14 Uhr

Telefon: 0521-515080

die.linke@bielefeld.de

www.linksfraktion-bielefeld.de

Geschichte und Denkmalschutz sichern

Das Denkmalschutzgesetz sagt: „Denkmäler sind Sachen, [...] Teile von Sachen, an deren Erhaltung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht. Ein öffentliches Interesse besteht, für [...] die Geschichte des Menschen, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse [...]“ Die Hammer Mühle war seit 1902 Gaststätte vor allem der Arbeiter*innen der Dürkopp-Werke, der mechanischen Weberei sowie der Ravensberger Spinnerei. Im Anbau befand sich ein Gastraum, der bis in den ersten Weltkrieg

hinein als Mühle genutzt wurde. Es war die letzte Luttermühle, Symbol der Bedeutung der Lutter in der ersten Phase der Industrialisierung. Als ehe-

malige Lohmühle stand sie für die Textilindustrie in Bielefeld.

Die Hammer Mühle erfüllte daher alle Voraussetzungen für einen Denk-

malschutz. Der Abriss in einer zu verurteilenden Nacht-und-Nebel-Aktion war nicht der erste Fall von Ignoranz gegenüber der Bielefelder Geschich-

te. Auch der Sudbrackhof, Symbol für einen ganzen Stadtteil, wurde vor einer Unterschätzung über Nacht abgerissen.

Die Mühle hätte schon vor geraumer Zeit als Denkmal eingestuft werden müssen. DIE LINKE fordert eine Aufarbeitung der gesamten Abläufe durch ein Gutachten. Die Stadt muss dafür sorgen, dass weitere ebenfalls denkmalschutzwürdige Gebäude jetzt geschützt werden. Vom Land fordern wir Gesetzesverschärfungen, die solche Nacht-und-Nebel-Aktionen verhindern.

Bernd Vollmer
Ratsmitglied

